

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Gegen die Maulwurfsarbeit.

Es bedarf keiner besonderen Sehrgabe, um vorauszu-
sagen, daß es nach dem Kriege zu schweren wirtschaftlichen
Auseinandersetzungen kommen wird. Unter dem Zwang
der durch den Krieg hervorgerufenen Zustände haben die
Unternehmer den Arbeitern ideale und materielle Zuge-
stände machen müssen, deren Rückgängigmachung sie mit
allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anstreben werden.
Augenblicklich befinden sich die Arbeiter im Vorteil, da
der herrschende Arbeitermangel ihren Forderungen größeres
Gewicht gibt. Wenn aber die Massen nach dem Frie-
densschluß in die Heimat zurückströmen, dann wird das
Überangebot von Arbeitskräften die Position der Unter-
nehmer stärken. Deren Organisationen haben im Gegensatz
zu den Gewerkschaften während des Krieges nicht gelitten.
Im Gegenteil, die Unternehmerverbände, die den Bestre-
bungen der Gewerkschaften am schroffsten gegenüberstehen,
haben sogar durch engere Verbindung ihre Macht wesentlich
erweitert.

Im Hinblick auf die kommenden Kämpfe hätten die Ge-
werkschaften alle Ursache, ihr Rüstzeug zu schärfen. Wir
befinden uns in einer üblen Lage; die große Mehrzahl der
Gewerkschaftsmitglieder, darunter viele ihrer besten Kräfte,
sind im Felde. Den Zurückgebliebenen obliegt es, die
Reihen zu schließen, die noch Außenstehenden zu sammeln.
Wir müssen jede Gelegenheit zur Verbesserung unserer
Wirtschaftslage ausnützen. Das verlangt nicht nur unser
eigenes Interesse, das ist eine gebieterische Pflicht gegen-
über unseren Kollegen im Felde. Wenn sie zurück-
kehren, sollen sie eine leistungsfähige Organisation vorfin-
den. Je besser die Arbeitsbedingungen, die wir uns er-
ringen, je fester der Zusammenhalt der Organisation, um
so leichter werden wir später im Verein mit den Zurückge-
kehrten den Ansturm der Unternehmer abschlagen können.

Zorn und Entrüstung erfaßt aber jeden ehrlich streben-
den Arbeiter, wenn er sehen muß, daß man an gewissen
Stellen versucht, statt die Gewerkschaften zu stärken, sie von
innen auszuhöheln. Nicht genug an den ungeheuren sonsti-
gen Schädigungen, die der furchtbare Krieg über uns ver-
hängt hat, er scheint auch unter manchen Arbeitern eine per-
verse Zerstörungswut ausgelöst zu haben, die sich
gegen die eigenen Organisationen richtet in
dem Augenblick, wo die Zusammenfassung aller Kräfte in
der Arbeiterschaft das dringendste Gebot der Stunde wäre.

Die Bewegung ist nicht mehr ganz neu, wir bezweifeln
auch, daß sie einen nennenswerten Umfang hat. Sie ist aber
in jüngster Zeit mit einigen Neußerungen hervorgetreten,
die man nicht ignorieren darf, sondern die man gebühren-
dermaßen an den Pranger stellen muß. Wir haben kürzlich
den Vorschlag erwähnt, die Beitragszahlung an die Gewerks-
schaften einzustellen, den sogar die „Leipziger Volksztg.“ ein
„leichtfertiges Spiel“ nannte, das sie der verdienten Lächer-
lichkeit preisgab. Aber dieses leichtfertige Spiel geht wei-
ter. In den ersten Tagen des neuen Jahres fand im zwei-
ten Berliner Reichstagswahlkreis eine Konferenz statt, die
sich mit der bevorstehenden Reichskonferenz der Opposition
in der sozialdemokratischen Partei beschäftigte. Referent
war der zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ge-
hörige Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Herzfeld.
Er unterbreitete Thesen, die als Unterlagen für die Reichs-
konferenz dienen sollten. Von den Gewerkschaften heißt es
in diesen Thesen:

„Gegen die Gewerkschaftsinstanzen ist
innerhalb der Gewerkschaften vorzugehen
durch Gewinnung der Leitungen. Ebenso
gegen die sozialpatriotische Haltung der
Gewerkschaftspressen.“

In die gleiche Kerbe haut auch die Spartakus-
gruppe. Sie hat auf der erwähnten Reichskonferenz
eine Resolution vorgelegt, in der unter anderem gefordert
wird:

„Systematischer Kampf gegen die Poli-
tik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb
der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Zusam-
menfassung der auf Seiten der Opposition
stehenden Gewerkschaftsmitglieder.“

Der Reichskonferenz lag auch eine von der Gruppe
Internationale Sozialisten Deutschlands unter der Führung
des früheren preussischen Landtagsabgeordneten Vorchardt
eingebrachte Resolution vor, in welcher der gegen die Ge-
werkschaften gerichtete Satz folgender Wortlaut hat:

„Systematischer Kampf gegen die Poli-
tik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb
der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Or-
ganisierung der auf Seiten der Opposition
stehenden Gewerkschaftsmitglieder und
Schaffung eines speziellen Gewerkschafts-
organs.“

Die Unterschiede zwischen diesen Erklärungen sind nicht
erheblich, sie stimmen darin überein, daß sie die Spal-
tung in die Gewerkschaften tragen wollen. Daß
diese Spaltung gleichbedeutend ist mit der Untergrabung
der Macht und des Einflusses der Gewerkschaften, das sieht
diese „guten Freunde“ der Arbeiter nicht an. Als Gegenmittel

zur Förderung ihres Zweckes schieben die Leute, die diese
Maulwurfsarbeiten dirigieren, den Kampf gegen die Gewerks-
chaftsinstanzen vor. Die Leiter der Gewerkschaften sollen
beseitigt werden. Von der Spekulation auf die niedrigen
Instinkte der Massen versprechen sich diese „Volksführer“,
die selbst nicht in der Arbeiterschaft wurzeln, Erfolg bei
ihrer gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft gerichteten
Aktion.

Es ist bekannt, daß sich die Gewerkschaftsführer
keiner besonderen Beliebtheit bei einem Teile der Arbeiter-
schaft erfreuen. Ueber die Ursachen dieser Erscheinung haben
wir uns kürzlich geäußert. (Siehe den Leitartikel in Nr. 53
der „Holzarbeiter-Zeitung“.) Aber bei aller Abneigung
gegen sie wird man doch zugeben müssen, daß sie schon man-
cherlei Nützliches für die Arbeiterschaft geleistet haben. Sie
können sich nicht darauf beschränken, der Masse verlockende
Zukunftsbilder zu zeichnen, sondern sie müssen für die un-
mittelbare Besserung der Lage der Arbei-
ter eintreten. Die Erfolge dieses Wirkens der Gewerks-
schaftsführer haben doch gerade die Holzarbeiter jetzt recht
deutlich zu verspüren bekommen. Die Erhöhung der Löhne,
wie sie in der Holzindustrie in letzter Zeit erlangt
wurden und noch fortgesetzt erklämpft werden, mögen einem
politischen Führer, der in der glücklichen Lage ist, über ein
Vermögen zu verfügen, das ihn von materieller Sorge be-
freit, so daß das Arbeitseinkommen für seine Lebenshal-
tung nicht ausschlaggebend ist, klein und unbedeutend er-
scheinen im Vergleich zu den hohen Zielen, die ihm vor-
schweben. Im Wirtschaftsleben läßt sich aber ein Fort-
schritt nur erzielen, indem man geduldig einen Stein an
den andern sügt. Der Arbeiter, dessen Stundenlohn um
10, 15 oder 20 Pf. erhöht wird durch das Wirken seiner
Organisation, weiß diesen Augen zu schätzen.

Es wäre lächerlich, wollte man den Erfolg unserer Be-
wegung allein auf Rechnung unserer Verbandsleitung
setzen. Die Mitglieder, die Kollegenchaft im ganzen Reich
müssen mitwirken. Ohne ihren festen Willen, das gesteckte Ziel
zu erreichen, geht es nicht. Aber dieser Wille der
Massen braucht eine geschickte Führung, da-
mit er richtig zur Geltung kommt. Das gilt für jede Be-
wegung, in ganz besonderem Maße aber für die Gewerks-
chaftsbewegung. Die Leute, die jetzt den Sturm gegen
die „Gewerkschaftsinstanzen“ unternehmen, wagen auch
nicht, zu behaupten, daß die Gewerkschaftsleiter ihre Funk-
tionen vernachlässigt hätten, sie sollen beseitigt werden, weil
sie nicht die vorchriftsmäßige Gesinnung an den Tag
gelegt haben. Sie beten nicht die radikale Phrase an. Das
Kraftmeierium, das sich in starken Worten berauscht, im-
poniert ihnen nicht. Es sind Männer der Tat, die ent-
sprechend der Aufgabe, die ihnen gestellt ist, den unmit-
telbaren Vorteil der Arbeiterschaft vorbe-
reiten und ihn im geeigneten Augenblick zur Tat werden
lassen.

Noch ein anderer Vorwurf trifft die Gewerkschaftsleiter.
Sie haben unablässig die Arbeiter zur Einigkeit ge-
mahnt, und sie sind allen Versuchen, die Einigkeit zu
stören, entschieden entgegengetreten. Auch das hängt auf
das engste mit der ihnen übertragenen Aufgabe zusammen.
An Stellen, wo es nur darauf ankommt, die „Reinheit der
Lehre“ zu wahren, mag es ein Vorteil sein, wenn sich die
Bekannteren des „wahren Glaubens“ sorgfältig von den an-
deren abschließen, die nicht in allen Fragen der gleichen
Meinung sind. Die Arbeiterschaft kann aber nur
durch ihre Masse wirken. Der Rahmen der Organi-
sation muß weit genug sein, um alle, die sich zu dem gleichen
Grundgedanken bekennen, zu umschließen. Innerhalb dieses
Rahmens muß Raum sein zum Austragen von Meinungs-
verschiedenheiten über Einzelfragen. Aber die organi-
satorische Einheit darf deshalb nie gesprengt wer-
den. Dadurch würde die Macht der Organisation gebrochen
und diese zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Gilt das für die Arbeiterschaft im allgemeinen, so in
weit höherem Maße für die Gewerkschaften. Sie bie-
ten Raum für jeden Arbeiter, der den Willen hat, für die
Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu
kämpfen. Die Ansichten, denen die Gewerkschaftsmitglieder
sonst huldigen, kommen für die Gewerkschaft nicht in Be-
tracht. Innerhalb der Organisationen mögen Meinungs-
verschiedenheiten über den besten Weg zur Erreichung eines
bestimmten Zieles bestehen, wenn aber die Mehrheit be-
schlossen hat, dann muß von allen verlangt werden, daß
sie sich den gefaßten Beschlüssen fügen. Die Ge-
meinschädlichkeit des Disziplinbruchs zeigt sich bei der ge-
werkschaftlichen Aktion mit besonderer Deutlichkeit, daher
ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer den
Disziplinbruch mit besonderer Schärfe ver-
urteilen. Für diejenigen, die auf die Spaltung aus-
gehen, ist das natürlich erst recht ein Grund, solche Gewerks-
schaftsführer zu beseitigen.

Bei all den geplanten Umwälzungen sollte man aber
auch an die Kollegen im Felde denken. Sie können
sich nicht aktiv an der Organisationsarbeit beteiligen, wenn
aber die Grundlagen der Organisation geändert werden
sollen, möchten sie auch gern ein Wort mitreden.
Aus vielen Briefen aus dem Felde ersehen wir mit Genü-
gung, welche freudige Teilnahme die Erfolge unseres Ver-

bandes bei den Kollegen draußen finden. Aus eingehenden
Briefen spricht aber auch die Entrüstung über die lautwer-
benden Zerstörungspäne. Dafür nur ein Beispiel: Ein
Berliner Kollege schreibt uns aus dem Felde, daß er
mit dem, was in dem Artikel „Ein offenes Wort“ in Nr. 53
der „Holzarbeiter-Zeitung“ über den leichtfertigen Plan
einer Minderheit gesagt ist, durchaus einverstanden sei.“
Dann fährt er fort: „Im Interesse der Sache selbst hätte ich
aber doch den Wunsch, daß seitens des Verbandes etwas
geschähe, was den sogenannten radikalen Kollegen in nicht
zu verkennender Weise zu Gemüte führt, daß auch die
im Felde befindlichen Kollegen ein Wort in
dieser Sache zu reden haben. Hoffen wir, daß es
gelingt, die Machinationen der verrannten Kollegen zu ver-
legen, und daß die Mehrheit der organisierten Arbeiter an
ihrer Organisation festhält.“

Diese Stimme aus dem Felde verdient volle Beachtung.
Es ist ja erklärlich, daß die Dinge, aus der Ferne betrachtet,
in einem anderen Licht erscheinen als in der Nähe. So
schlimm, wie es sich der erwähnte Kollege vorstellt, liegt es
zum Glück noch nicht. Noch steht nicht nur die Mehrzahl,
sondern man kann wohl sagen, alle Mitglieder mit ver-
schwindenden Ausnahmen auf dem Standpunkt, daß die
Maulwurfsarbeit der Quertreiber aus den
Gewerkschaften ferngehalten werden muß. Aber trotzdem ist
es notwendig, die warnende Stimme zu erheben.

Die Leute, die den Rat geben, die Gewerkschaften zu
unterwählen, stehen außerhalb unserer Gewerkschaften; sie
haben kein unmittelbares Interesse an dem Wirken unserer
Verbände. Wir sind nicht der Meinung, daß ihre Absicht
ist, dem Unternehmertum Dienste zu leisten, aber die in
scharfer Kampfstellung gegen die Gewerkschaften stehenden
Unternehmerorganisationen hätten allein
den Vorteil davon, wenn jene Bestrebungen irgend-
einen Erfolg zeitigen würden. Wir brauchen jetzt nötiger
als je Einigkeit in den Arbeiterorganisationen,
deshalb müssen wir den Maulwürfen mit aller Ent-
schiedenheit entgegenzutreten. Wehret den Anfängen!

Getäuschte Friedenshoffnung.

Ein erlösendes Aufatmen ging durch die Welt, als der
deutsche Reichskanzler in der denkwürdigen Reichstags-
sitzung am 12. Dezember den Willen der deutschen Regierung
und ihrer Verbündeten verkündete, mit den feindlichen
Mächten in Friedensverhandlungen einzutreten.
Deutschland und seine Verbündeten, so heißt es in der den
feindlichen Regierungen übermittelten Note, „haben stets
an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte
und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch
zu den Rechten der anderen Nationen stehen.“
Die Vorschläge, die sie zu den Verhandlungen mitbrachten,
und die darauf gerichtet sind, Gerechtigkeit, Ehre und Entwid-
lungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer
Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung
eines dauernden Friedens.“

Solche Worte, von der Partei gesprochen, die mili-
tärlich unlenkbar ganz bedeutend im Vorteil ist, waren ge-
eignet, die Hoffnung zu wecken, daß dem Kriege in abseh-
barer Zeit ein Ziel gesetzt werde. Es ist anders gekommen.
Die Feinde Deutschlands wollen keinen
Frieden. Sie hoffen noch immer, die Mittelmächte be-
siegen zu können. Deren Länder sollen zerstört, die Völker
unterdrückt werden. Dieses Kriegsziel haben sie erneut
feierlich verkündet. Damit zwingen sie Deutschland, mit
dem Aufgebot der äußersten Kraft den Krieg fortzusetzen.
Die Friedenssehnsucht der Völker wird für absehbare Zeit
nicht gestillt werden. Noch sollen weitere Hekatomben von
Menschen geopfert werden. Die Verwüstung Europas, die
Bermordung der Völker, die Vernichtung der Kultur, all
dieses Elend soll seinen Fortgang nehmen. Das ist der
Wille der Regierungen in dem Jähmächtebund unserer
Feinde, in welchem England den Ton angibt. Auf die ver-
blendeten Staatsmänner, welche die Völker Europas auf
dem Altar ihres Ehrgeizes schlachten, fällt die ganze Ver-
antwortung für die Fortsetzung dieser wahnwitzigen Missetat.

Trotz der unfreundlichen Aufnahme, die das deutsche
Friedensangebot in der Presse der feindlichen Länder fand,
und trotzdem die leitenden Minister ihrer Abneigung gegen
einen baldigen Friedensschluß in Parlamentsreden deutlich
Ausdruck gaben, hofften die Völker. Und ihre Hoffnung
wurde gestärkt durch das Eingreifen des Präsidenten der
Vereinigten Staaten. Wilson sprach in der Note, die
am 21. Dezember in Berlin überreicht wurde, aus, daß die
Vereinigten Staaten ein ebenso dringendes wie unmittel-
bares Interesse an den Maßnahmen haben, die in Zukunft
den Frieden der Welt sicherstellen sollen, wie die jetzt im
Krieg befindlichen Regierungen. Er wolle aber keinen
Frieden vorschlagen, nicht einmal seine Vermittlung an-
bieten, er rege nur an, daß die Parteien ihre Friedensziele
nennen mögen. Dieser Schritt Wilsons, der von einigen
anderen neutralen Regierungen unterstützt wurde, war trotz
seiner vorsichtigen Zurückhaltung den Völkern Europas eine
strobe Weihnachtsbotschaft. Stärkte sie doch die Erwartung,
daß wir uns dem Ende des Krieges näherten.

Am 26. Dezember beantwortete die deutsche Re-
gierung Wilsons Note. Sie erklärte, daß ihr ein un-

mittelbarer Gedankenaustausch als der geeignetste Weg erscheint, zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Deshalb schlägt sie vor, daß die Delegierten der kriegsführenden Staaten alsbald an einem neutralen Ort zu Verhandlungen zusammentreten. Die feindlichen Regierungen ließen sich mit ihrer Antwort sowohl auf das deutsche Friedensangebot als auch auf die Anregung Wilsons Zeit. Am 30. Dezember wurde die gemeinsame Erklärung der Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien von dem französischen Ministerpräsidenten Briand dem amerikanischen Botschafter in Paris zur Übermittlung an die Mittelmächte übergeben. Nach dem, was vorausgegangen war, konnte die Ablehnung des Friedensangebots keine Ueberraschung mehr auslösen. Der Inhalt des langen Dokuments gipfelt darin, daß für die „durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die zahlreichen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachungen und Vergeltungen“ verlangt werden.

Die deutsche Regierung hat diese Erklärung nicht beantwortet. In einer den Vertretern der neutralen Regierungen am 12. Januar zugestellten Note erklärte die deutsche Regierung, daß die Form, in welche die feindlichen Mächte ihre Mitteilung gekleidet haben, eine Antwort auf sie ausschliesse. Nach einer Darlegung des deutschen Standpunktes stellt die Note fest, daß es lediglich von dem Entschluß der Gegner abhing, ob der Weg zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die Note schließt mit diesen Worten: „Die vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen, bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Völkern Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents aber die Wohlfahrt schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.“

Das Gegenstück zu dieser ruhigen, würdigen Erklärung ist die Antwort, welche die feindlichen Regierungen auf die Anregung Wilsons gaben, und die gleichfalls am 12. Januar veröffentlicht wurde. Von den Kriegszielen heißt es hier, daß sie in ihren Einzelheiten mit allen Kompensationen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinanderzusetzen werden sollen. Die Andeutungen, die darüber gemacht werden, genügen aber vollkommen. Nicht nur wird die Räumung aller besetzten feindlichen Gebiete und die Zahlung von Kriegskosten an die besiegten Feinde gefordert, auf dem Wunschzeitel steht weiter in wenig verhüllenden Worten das Verlangen nach Abtretung von Elßaß-Lothringen an Frankreich, der östlichen Provinzen an Rußland. Die Forderung der „Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft“ bedeutet erhebliche Gebietsabtretungen Oesterreichs und die Auflösung des Restes dieses Landes in eine Reihe kleiner Staatswesen. Auch die Türkei soll aufgeteilt werden; sie soll aus Europa verschwinden, und die russische Sehnsucht nach Konstantinopel soll endlich Erfüllung finden. Dabei versichern die feindlichen Regierungen treuherzig, daß es niemals ihre Absicht war, die deutschen Völker zu vernichten und ihr politisches Verschwinden anzustreben. Die Guine, sie begnügen sich völlig mit der wirtschaftlichen und politischen Knechtschaft des deutschen Volkes.

Es sind Phantasien Wahnsinniger, die sich in diesem Dokument äußern. Solche Friedensbedingungen dürften kaum gefaßt werden, wenn Deutschland zerstückelt am Boden läge. Aber davon ist keine Rede. Trotz ihrer Uebermacht sind die Feinde zurückgedrängt, wir haben weite Strecken ihres Gebiets besetzt. Nicht als Besiegter hat Deutschland sein Friedensangebot gemacht, sondern im Bewußtsein seiner Kraft und seiner Unberührbarkeit hat es den Gegnern einen billigen Frieden vorgeschlagen. Mit ihrem Friedensangebot vom 12. Dezember hat die deutsche Regierung im Sinne der weitesten Kreise des deutschen Volkes gehandelt. Dieses Angebot ist mit Hohn zurückgewiesen worden; die Folge daraus ergibt sich von selbst. Es gibt keine Wahl: wenn wir nicht die Zerstückelung und Knechtung Deutschlands gutheißen wollen, müssen wir den Eroberungsplänen der Feinde den entschiedensten Widerstand entgegensetzen.

Der Ausbruch des Krieges vor 2 1/2 Jahren fand das deutsche Volk einmütig in der Verteidigung des Vaterlandes gegen die feindliche Uebermacht. Seither sind die und dort Zweifel aufgetaucht. Die Vermutung wurde laut, als ob der Krieg von deutscher Seite zu Eroberungszwecken geführt werde, daß die deutsche Regierung die Schuld trage an der Fortsetzung des Krieges. Diese Zweifel sind nun zerstreut. Das deutsche Friedensangebot und die Antwort, die ihm geworden ist, haben Klarheit geschaffen: für alle Welt ist es nun deutlich, daß es der Wille der Feinde ist, der uns das Schwert in die Hand drückt und uns zur Fortsetzung des Krieges zwingt, der im wahren Sinne des Wortes ein Verteidigungskrieg ist.

Man wird das deutsche Volk zu weiteren Kraftanstrengungen anrufen, das ist eine notwendige Folge des gegen uns gerichteten Vernichtungswillens der Feinde. Wenn die Antwort wird, daß diesen Anrufen überall freudige Folge leisten wird, dann mag sie viel mehr, als das bisher geschehen, helfen wirken, daß die Ursachen der immer mehr um Kreise ersaffenden Unzufriedenheit beseitigt werden. Sie wollen nicht von der Feindgriffnahme der Feinde zur Edge gewordenen Neuorientierung sprechen. Und notwendiger ist die Sorge für die ausreichende Ernährung der Bevölkerung. Auf diesem Gebiete hat es zwar einen Fehler, der nicht gemacht worden wäre, wenn jetzt jedermann im Reich, daß die Vorräte knapp sind, und daß wir uns einrichten müssen. Aufreißend und unheimlich ist aber der Wucher mit Lebensmitteln. Die Preise der Lebensmittel sind nicht mit genügender Schärfe gesenkt worden; die Ungleichmäßigkeit in der

Verteilung der vorhandenen Vorräte, die es dem Reichen gestatten, ein Wohlleben zu führen, während die arbeitende Bevölkerung außerstande ist, den nagenden Hunger zu stillen.

Die Ablage der Feinde auf das deutsche Friedensangebot ist ein Moment, welches geeignet ist, die einzelnen Teile des Volkes enger zusammenzuschließen. Die Mängel in der Verteilung der Lebensmittel hindern die notwendige Einigkeit. Für die Abwehr der feindlichen Eroberungs- und Unterdrückungspläne genügt es nicht, daß unsere Brüder im Felde tapfer ihren Mann stehen, auch die Bevölkerung in der Heimat muß gesund erhalten, sie darf nicht dem Hunger überantwortet werden. Dieser Seite der Vaterlandsverteidigung ist, trotz der unzähligen Verfügungen und Verordnungen, die erlassen wurden, noch nicht genügende Sorge zugewandt worden. Es ist hohe Zeit, daß wirklich etwas geschieht!

Soziales.

Unternehmerurteile über das Hilfsdienstgesetz.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst bringt den Arbeitern mancherlei Unannehmlichkeiten. Aber trotzdem muß anerkannt werden, daß die Arbeitervertreter, die dem Gesetz zustimmen, richtig gehandelt haben. Sie hätten mit der Ablehnung dieses Gesetzes die Einführung des Zwangsdienstes nicht verhindern können, mit einer solchen Haltung wäre lediglich erreicht worden, daß der Zwangsdienst in einer für die Arbeiter viel unangenehmeren Form durchgeführt worden wäre.

Durch die im Gesetz vorgesehenen Ausschüsse, welche die Arbeitervertreter durchsetzen haben, ist ein wertvoller Schutz der Arbeiter gegen Unrecht und Willkür geschaffen. In das Recht des „Herrn im Hause“, welches gewisse Gruppen der Großindustriellen mit zäher Energie verteidigt haben, ist Bresche geschlagen. Die obligatorischen Arbeiterausschüsse in den Großbetrieben, mit denen der Unternehmer zu verhandeln verpflichtet ist, die sonstigen Ausschüsse zur Schlichtung von Differenzen, vor welchen der Unternehmer erscheinen und verhandeln muß, gelten zwar nur für die Kriegszeit, sie sind aber eine äußerst wertvolle Errungenschaft. Nachdem diese Einrichtungen erst geschaffen und praktisch erprobt sind, können sie nicht mehr spurlos verschwinden. Der Forderung, sie durch Ausnahme in die ordentliche Gesetzgebung zu einer dauernden Einrichtung zu machen, wird kein unüberwindlicher Widerstand mehr entgegenzusetzen sein können.

In den Unternehmerverbänden, die bisher in der rücksichtslosen Bekämpfung der Gewerkschaften eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachteten, ist das Gefühl, bei dem Hilfsdienstgesetz eine schwere Niederlage erlitten zu haben, sehr lebendig. Die meisten machen allerdings gute Miene zum bösen Spiel und lassen ihren Ärger nicht merken. Andere sind offener. Zu diesen gehört der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Dieser einflussreiche Verband beschäftigte sich auf seiner am 18. Dezember in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung auch mit dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. In der hierzu angenommenen Entschliessung wird einleitend das Gesetz begrüßt. In einem Nachsatz heißt es aber dann weiter:

Die Versammlung gibt gleichzeitig der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß mit Fortfall der Entstehungsurache des Gesetzes, d. h. mit Rückkehr friedlicher Verhältnisse, auch die Einrichtungen des Gesetzes — die obligatorischen ständigen Arbeiterausschüsse und die Schlichtungsstellen — aufgehoben werden, da derartige Einrichtungen im Frieden lediglich der freien Entscheidung der Arbeitgeber überlassen werden müssen.

Die freie Entscheidung der Arbeitgeber, insbesondere der Herren in der Schwerindustrie, ist aber bekanntlich darauf gerichtet, den Arbeiter als willenloses Ausbeutungsgesetz zu betrachten und zu behandeln. Arbeiter, die widerstandlos die Herren mit sich umspringen lassen und dankbar die Hand küssen, die sie schlägt, sind ihnen die liebsten. Deshalb werden wohl die Gelben als Einzelwesen verächtlich behandelt, aber die gelben Organisationen, die ihre Mitglieder zur Knechtseligkeit erziehen, werden geschätzt und gepflegt. In der fraglichen Generalversammlung wurde auch die gelbe Bewegung oder, wie sie sich lieber nennt, die „wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung“ erörtert, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Versammlung, wie es in dem Bericht heißt, der Ausdehnung des wirtschaftsfriedlichen Gedankens in der vaterländisch geknüpften Arbeiterschaft, als im Interesse unseres deutschen Vaterlandes und einer gedeihlichen Weiterentwicklung unseres deutscher Erwerbslebens liegend, volle Beachtung und Würdigung schenkt.

In ähnlicher Weise bringt das „Deutsche Stein- und Zementgewerbe“, das Organ des Schutzverbandes der Steinbrückerarbeiter, seinen Unmut über den sozialpolitischen Fortschritt, den das Hilfsdienstgesetz enthält, zum Ausdruck. Dieses Blatt schreibt:

„Leider hat der Reichstag dem Drängen der Gewerkschaftsvertreter nachgegeben und gewerkschaftliche Grundsätze in das Gesetz hineingearbeitet, gegen welche die deutsche Industrie wie seit Jahren, so auch noch in der zwölften Stunde ihre warnende Stimme erhoben hat. Die Arbeitgeber müssen sich damit abfinden, ohne damit ihre grundsätzliche Stellung aufzugeben. Die Regierung hätte wohl Beranlassung gehabt, die Privatbetriebe nicht anders zu behandeln als die Eisenbahnbetriebe, die doch schließlich auch Erwerbsbetriebe sind und doch nicht den sozialpolitischen Bestimmungen des Gesetzes unterworfen sein sollten.“

Es ist wirklich sehr schmerzhaft für die einflussreichen Herren, die es sonst gewohnt waren, ihren Willen bei der Regierung durchzusetzen, daß sie beim Hilfsdienstgesetz jetzt nicht zum Zug kamen. Noch in letzter Stunde hat der Kriegsausschuß für die deutsche Industrie das ist die Arbeitsgemeinschaft des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen, seine warnende Stimme erhoben. In einer Eingabe haben sie den Reichstagler beschworen, den Wünschen der Gewerkschaften

nach sozialpolitischen Sicherungen im Hilfsdienstgesetz ein „Unannehmbar“ entgegenzustellen. Sie verlangten die Beseitigung der obligatorischen ständigen Arbeiterausschüsse aus der im Hauptauschuß des Reichstages vereinbarten Fassung des Hilfsdienstgesetzes und die Zurückführung der sogenannten Schlichtungsstellen auf einfache militärische Bescheidinstanzen unter Zuziehung von je einem Arbeitgeber und einem wirklichen Arbeitnehmer. Das heißt, die Scharfmacher wollten beim Hilfsdienstgesetz die berühmte Weiße Salbe zur Anwendung gebracht wissen. Das ist ihnen nicht gelungen, und ihr Schmerz darüber ist begreiflich. Um so mehr haben die Arbeiter Ursache, sich der erzielten Errungenschaften zu freuen. Wir müssen von den Ausschüssen den richtigen Gebrauch machen und unsere Organisationen kräftigen, damit wir auch weiterhin den Angriff der Scharfmacher gegen sozialpolitischen Fortschritt erfolgreich abschlagen können.

Verkürzte Arbeitszeit — Erhöhte Leistung.

Die von den Gewerkschaften angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit wird von den Unternehmern immer wieder mit dem Einwand bekämpft, daß bei kürzerer Arbeitszeit die Produktion zurückgehen müsse. Die Unrichtigkeit dieser Argumentation ist nicht nur theoretisch nachgewiesen, sondern in vielen Fällen ist durch praktische Versuche der bündige Beweis dafür erbracht, daß kurze Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters steigert, so daß nach einer Verkürzung der Arbeitszeit mehr Waren erzeugt wurden als vorher.

Nun liegt das Ergebnis eines neuen Versuches nach dieser Richtung vor. In dem Gegenstand ist besonders interessant, daß die „Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung“ über ihn berichtet. In ihrer Nr. 44 vom 28. Oktober schreibt sie unter der Überschrift „Ein interessanter Versuch“:

„Nach dem Amtsbericht des eidgenössischen Fabrikinspektors für den dritten Kreis über die Jahre 1914 und 1915 hat eine Fabrik für ihre Nähereiabteilung den Fünfzigminutenbetrieb eingeführt, d. h. nach je 50 Minuten wirklicher Arbeitszeit wird eine Pause von 10 Minuten eingelegt, während welcher die Angestellten das Gebäude verlassen und sich im Freien ergehen müssen. Das Ergebnis war, daß die im Stücklohn beschäftigten Arbeiterinnen im Durchschnitt erheblich mehr verdienten als früher bei der durchgehenden Arbeitszeit. Die vom Fabrikhaber festgestellte Mehrleistung betrug bei der besten Arbeiterin 40, bei der schlechtesten 0 Prozent, im Durchschnitt 25 Prozent. Im Zusammenhang mit diesem Versuche wurde der Arbeitsbeginn auf morgens 7 1/2 Uhr angesetzt und die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden herabgesetzt.“

Das ist, wie gesagt, nur ein Beispiel unter vielen. Aber es gibt Leute, die sich nicht belehren lassen wollen. Wir werden deshalb auch künftig wieder den Einwand der Unternehmer bekämpfen müssen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht möglich ist, weil dadurch die Produktion vermindert werde.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Königs-Wusterhausen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Januar 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 3. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 29304 B. Matte, Eschl., geb. 26. 5. 72 zu Lippstadt.
- 136088 Heinz. Bretthorst, Eschl., geb. 26. 12. 83 zu Rahden.
- 151796 Wilh. Demitz, Modellt., 15. 9. 32 zu Gr.-Buchholz.
- 187920 Hub. Ballau, Eschl., geb. 23. 11. 65 zu Ummendorf.
- 220489 Wilh. Jen, Modellt., geb. 25. 4. 63 zu Trennt.
- 267102 Karl Lister, Stellm., geb. 10. 2. 75 zu Naumburg.
- 58200 Wilh. Niße, Bergolder, 14. 6. 50 zu Brandenburg.
- 175245 Friedr. Rahn, Eschl., geb. 22. 11. 88 zu Hamburg.
- 542848 Otto Richter, Ristenm., geb. 16. 2. 66 zu Kohnau.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Aus dem Hamburger Gau.

Die vor dem Reichsamt des Innern getroffene Vereinbarung ist in den Schutzverbandsbetrieben im Hamburger Gau mit wenigen Ausnahmen durchgeführt. Größere Differenzen über die Auslegung bestehen in der Hauptsache nur noch in Bremen. Trotz der Empfehlung durch die beiderseitigen Zentralvorstände weigern sich die Arbeitgeber noch, bei den tariflich geregelten Akkorden den Anpassung nach Prozentsätzen zu berechnen und die Vertragslöhne der anzuwerkenden Maschinenarbeiter und der Hilfsarbeiter nach der Höhe dieser in Frage kommenden Lohnklasse zu erhöhen. Es finden sich sogar Firmen, die den Standpunkt einnehmen, daß die Arbeiten für den Heeresbedarf nicht unter die Vereinbarung fallen und demzufolge diese Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Teuerungszulage auszuweichen haben. Bei solch vertragswidrigem Verhalten der Unternehmer ist es wohl zu begreifen, wenn den Arbeitern die Geduld ausreicht, und so ist es auch bereits in mehreren Betrieben zu Arbeitseinstellungen gekommen.

Im Laufe der letzten Wochen sind nun auch die Kollegen der Orte und Betriebe, wo die Arbeitgeber nicht dem Schutzverbandsangehörigen, bemüht gewesen, eine Neuregelung ihrer Lohnverhältnisse zu erreichen, und kann darüber folgendes berichtet werden:

In Bergedorf erhielten die Fischer eine Zulage von 10 Pf. sofort und weitere 10 Pf. ab 1. März 1917. Der Fischerei erhöht sich mit der Teuerungszulage von 65 auf 85 Pf. Die Fischer in Blankenese haben eine Aufbesserung der Löhne in der Weise angestrebt, daß sie mit den Zimmerleuten im Lohn gleichstehen. Der Stundenlohn beträgt jetzt 90 Pf., mit der Teuerungszulage 1,01 M. In

Abbed haben sich die im Verband der Möbelindustrie und verwandter Gewerbe organisierten Firmen den Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber-Schuhverband angeschlossen. In Lüneburg ist die Sache mit der Firma W. H. Gröfner u. Sege immer noch nicht definitiv geregelt. Die Firma zahlt den Akkordarbeitern nur die Zulage von 15 Pf. pro Stunde, während die Kollegen Anspruch auf eine prozentuale Erhöhung der Akkordsätze erheben. Ebenso besteht noch eine Differenz wegen der Poliererinnen. Mit letzteren hat die Firma, um die Teuerungszulage zu umgehen, am 15. November einen Lehrvertrag abgeschlossen, und zwar kann das Lehrverhältnis mit 14tägiger Kündigungsfrist gelöst werden. Das angebliche Lehrverhältnis dauert ein Jahr, und zahlt die Firma neben einem Wochenlohn von 9 bis 12 Mk. nur eine Teuerungszulage von 2,60 Mk. die Woche. Eine Eingabe bei der Firma S. Bellmann u. Sohn, Zweigniederlassung Lüneburg, hat zur Folge gehabt, daß die bereits im Vorjahre gewährte Teuerungszulage um 10 Prozent erhöht wurde. Mit der Firma Kayser u. Weg in Oldesloe ist eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß der Mindestlohn sich von 52 auf 55 Pf. erhöht und mit der Teuerungszulage 71 Pf. beträgt. Alle Arbeiter über 18 Jahre erhielten eine Zulage von 10 Pf. und die Jugendlichen unter 18 Jahren eine solche von 11 Pf. pro Stunde unter Wegfall der früher gezahlten Teuerungszulage von 6 bzw. 3 Mk. pro Woche. Am 15. Februar erhalten alle Arbeiter eine weitere Zulage von 1 Pf. pro Stunde. In Wilhelmshaven haben die Verhandlungen über Verlängerung des Vertrages zu dem Ergebnis geführt, daß der vertragliche Mindestlohn von 58 auf 60 Pf. erhöht wurde und mit der Teuerungszulage von 15 Pf. 75 Pf. pro Stunde beträgt. Ferner sind noch Bewegungen eingeleitet für die Kollegen des Husumer Eisenwerks in Husum, welches zurzeit Munitionswagen anfertigt, und für die Tischler in Stade. In beiden Orten verlangen die Kollegen die Durchführung der Berliner Vereinbarung. Verhandlungen haben hier noch nicht stattgefunden.

Die ersten Verhandlungen vor dem Ausschuss des Hilfsdienstgesetzes.

Aus Bremen wird uns geschrieben: Am Montag, den 8. Januar, trat der vorläufige auf Grund der §§ 7 und 9 des Gesetzes über den Hilfsdienst eingesezte Ausschuss zusammen, um in einer von der „Norddeutschen Waggonfabrik“ anhängig gemachten Streiksache zu entscheiden. Die Holzarbeiter dieses Betriebes hatten die Arbeit niedergelegt, weil es die Direktion in mehrfachen Verhandlungen ablehnte, die für die Holzarbeiter jetzt gültigen Lohnsätze, die am 10. November 1916 vor dem Reichsamt des Innern festgelegt wurden, anzuerkennen. Die vor dem Ausschuss geführten Verhandlungen gestalteten sich ziemlich schwierig, weil beide Parteien von ihrem Standpunkt nicht abgehen wollten. Die Direktion hatte in der Besprechung mit dem Arbeitersausschuss bereits einige Zugeständnisse gemacht, die den Arbeitern nicht weit genug gingen. Einigungsversuche, vom Ausschuss des Kriegsamts gemacht, scheiterten, es mußte deshalb ein Schiedspruch gefällt werden. Er ging dahin: Der Direktion wird auferlegt, den Maschinenarbeitern, soweit sie einen Stundenlohn unter 70 Pf. erhalten, denselben auf 70 Pf. zu setzen, im übrigen allen Maschinenarbeitern eine sofortige Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde unter Beibehaltung der bisher gewährten Teuerungszulagen zu zahlen. Den Akkordarbeitern wird auf die zurzeit gezahlten Stundenlöhne der gleiche Zuschlag — 4 Pf. für die Stunde — gewährt. Die Akkorde sollen unter Zugrundelegung eines Verdienstes von 85 Pf. pro Stunde revidiert und um 10 Prozent im Durchschnitt aufgebessert werden. Die Teuerungszulagen bleiben gleichfalls bestehen. — Unter der letztgenannten Bedingung wird den Arbeiterinnen eine sofortige Lohnerrhöhung von 2 Pf. und nach sechswöchiger Beschäftigung eine nochmalige Zulage von 3 Pf. pro Stunde gezahlt. — Die bisherige vierwöchige Karenzzeit, die für die Empfangnahme der Teuerungszulage vorgesehen war, kommt in Wegfall. — Die Direktion ist verpflichtet, diese Bedingungen bis zum 1. Januar 1918 anzuerkennen.

Beide Parteien erklärten sich zur Annahme des Schiedspruchs bereit. Ergänzend sei bemerkt, daß die wiederholt genannten Teuerungszulagen für verheiratete Lohnarbeiter etwa 9 Pf., für verheiratete Akkordarbeiter 7 1/2 Pf. — ohne Einrechnung der Entschädigung für Kinder — ausmachen. Bei ledigen Arbeitern betragen sie 4 Pf., bei Arbeiterinnen 4 1/2 Pf. die Stunde.

Am Mittwoch, den 10. Januar, wurde gleichfalls über eine das Holzgewerbe betreffende Differenz entschieden. In der Möbelfabrik von Klocke u. Co. traten die Arbeiter in den Ausstand. Weil dieser Betrieb auch Heeresaufträge zu erledigen hat, mußte sich der Ausschuss auf Antrag mit der Angelegenheit beschäftigen. Grund der Differenz war, daß in einer Schlichtungskommissionierung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Holzgewerbe eine Verständigung über die Auslegung der vor dem Reichsamt des Innern getroffenen Bestimmung: „Bei Akkordarbeit finden die neu festgelegten Lohnsätze sinngemäße Anwendung“, nicht erzielt wurde. Während die Arbeitgeber die sinngemäße Anwendung dahin auslegten, daß den Akkordarbeitern ein gleicher Stundenzuschlag wie den Lohnarbeitern zu zahlen sei — in diesem Falle 15 Pf. pro Stunde — vertraten die Arbeiter den Standpunkt, daß sie eine prozentuale Aufbesserung der Akkorde, und zwar auf Grund der neuen Lohnregelung 25 Prozent, zu fordern hätten.

In dem gefällten Schiedspruch wird den Parteien aufgegeben, soweit sich diese Differenz auf die Möbelfabrikation erstreckt, die Regelung durch die örtliche Schlichtungskommission anzufordern. Die Firma wird jedoch verpflichtet, bei Heeresaufträgen den Akkordarbeitern 15 Pf. pro Akkordstunde als Zuschlag zu zahlen. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine aus dem gleichen Anlaß in der Möbelfabrik von Koch u. Co. ausgebrochene Differenz, deren Schlichtung gleichfalls beantragt war, mußte, weil diese Firma keine Heeresaufträge hat, vom Ausschuss als nicht zuständig zurückgewiesen werden.

Von unseren Kollegen im Felde.

Eine Anerkennung für den Verbandsvorstand.

Der nachfolgende Brief an den Verbandsvorstand stammt vom Kollegen Friedr. Kuntermann in Fletch, der auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. Auf das ihm aus diesem Anlaß überreichte Diplom bezieht sich der erste Satz des Schreibens.

„Während meines Urlaubes händigte mir Kollege Hilla das vom Vorstand herausgegebene Diplom aus. Ich fühle mich verpflichtet, dem Vorstand für die Ehre bestens zu danken. Gerade die jetzige schwere Zeit des Kampfes weckt die Erinnerungen der wohl auch schon schweren, aber unblutigen Kämpfe, die wir alle, leichteren Herzens wie bei dem gegenwärtigen, gefühlt haben. Wohl manche angenehme Erinnerung wird dabei wachgerufen. Um so schmerzlicher empfinden wir, die wir im Felde stehen, daß vor kurzem Kämpfe seitens des Verbandes ausgefohrt wurden, an denen wir nicht teilnehmen konnten. Kämpfe, die für die Gesamtkollegen so große finanzielle Vorteile gebracht haben, wie nicht leicht zuvor. Glücklicherweise können wir uns nennen, wenn der jetzige Völkerringkampf durch seine Führer so erfolgreich zu Ende geführt würde wie die letzte Bewegung unseres Verbandes, in der unsern Vorstandsvertretern der Haupterfolg zuschreiben ist, und denen auch der Dank der in meiner Nähe weilenden Verbandskollegen hiermit ausgesprochen werden soll. Hoffentlich sind die Zeiten nicht mehr allzufern, und wir erleben dieselben, in welchen wir gemeinsam in alter gewohnter Weise unser gestecktes Ziel verfolgen können. In dieser Hoffnung grüßt Euch alle Euer Kollege Friedr. Kuntermann.“

Gewerkschaftliches.

Die Stellung des Arbeitervertreters im Kriegsamt.

Bekanntlich ist der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Alexander Schlicke, als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsamt berufen worden, und zwar ist er, wie wir bereits mitgeteilt haben, dem Direktor der Kriegserfahrungs- und Arbeitsabteilung als Referent für Arbeiterfragen zugeteilt. Das Kriegsamt selbst ist eine Abteilung des Kriegsministeriums und seinerseits wieder in verschiedene Abteilungen gegliedert. Das Kriegsamt ist natürlich militärisch organisiert, wenn auch Zivilpersonen zur Mitarbeit herangezogen wurden.

Zu den Aufgaben Schlickes im Kriegsamt gehört es, die Verbindung dieses Amtes mit den Gewerkschaften aufrechtzuerhalten. Er unterhält deshalb direkten Verkehr mit den Zentralen der Gewerkschaften, und außerdem ist ihm ein aus Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen zusammengesetztes Vertrauensmännerkollegium beigegeben. Aus einer Notiz, die durch die Tagespresse geht, entnehmen wir, daß Wert darauf gelegt wird, den Arbeitervertreter im Kriegsamt durch die Arbeiter- und Angestellten-Verbände mit informierendem Material zu versehen, das jedoch von den Organisationen vor der Uebersendung schon sorgfältig gesichtet sein sollte. Die Adresse des Arbeitervertreters,

die zu diesem Zweck veröffentlicht wurde, lautet: Alexander Schlicke, Kriegsamt C. D. (Erfahrungs- und Arbeits-Departement), Berlin W. B. 7, Friedrichstr. 7.

Zusammenschluß in den christlichen Gewerkschaften.

Einer Mitteilung im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften entnehmen wir, daß sich der christliche Gärtner-Verband mit Wirkung vom 1. Januar 1917 ab dem christlichen Verband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter angegliedert hat. Die Verschmelzung ist keine vollständige. Zusammengelegt werden nur Verbandsorgan und Verwaltung, dagegen behält der Gärtner-Verband seine bisherigen Satzungen und die Regelung des Unterstützungswesens. Ebenso behält der Gärtner-Verband seine Stellenvermittlung und die Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Nach der letzten Veröffentlichung zählte der christliche Gärtner-Verband Ende 1915 228 Mitglieder, während der Verband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter dort mit 1901 Mitgliedern verzeichnet ist. Der letztgenannte Verband ist von den christlichen Gewerkschaften vor einigen Jahren als Konkurrenzorganisation gegen den zu den freien Gewerkschaften gehörigen Landarbeiterverband ins Leben gerufen worden. Er steht unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Behrens, der früher Gärtner war und später der Leitung des christlichen Bergarbeiter-Verbandes angehörte.

Soziale Rechtspflege.

Ansprüche der Kriegsverletzten an die Invaliditätsversicherung.

Ein Kriegsteilnehmer erlitt am 27. Juli 1916 einen Kopfschuß und verlor dadurch die Sehkraft auf beiden Augen. Am 10. Januar 1918 wurde er aus dem Lazarett entlassen. Er erhob Anspruch auf Invalidenrente, und die Versicherungsanstalt gewährte ihm diese vom 10. Januar 1916 ab, indem sie den Eintritt der dauernden Invalidität von dem Zeitpunkt der Entlassung aus dem Lazarett datierte. Der Verletzte verlangte jedoch die Rente vom Tage der Verwundung ab, und das Oberverwaltungsamt erklärte auf erhobene Berufung diesen Anspruch für berechtigt. Die Versicherungsanstalt legte Revision ein, die aber vom Reichsversicherungsamt durch Entscheidung vom 25. September 1916 (Ha 671/16) zurückgewiesen wurde. Damit ist der Grundsatz anerkannt, daß die Invalidenrente auch für die Zeit der Lazarettbehandlung gezahlt werden muß. Die Versicherungsanstalt hatte den Standpunkt vertreten, daß ein von der Heeresverwaltung durchgeführtes Heilverfahren einem solchen gleichzuachten sei, das von der Versicherungsanstalt durchgeführt wird. Diese Auffassung hat das Reichsversicherungsamt zurückgewiesen. Die Heeresverwaltung ist zu ihrer Leistung gegenüber dem Verletzten auf Grund der Kriegsamtverordnung verpflichtet. Dadurch bleiben die Ansprüche des Verletzten auf Grund der Reichsversicherungsordnung unberührt. Weder kann die Heeresverwal-

Arbeitslosigkeit im Monat Dezember 1916.

Gau	Schiffstellen haben benützt	Mitgliederzahl im Gehalts am Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten						Schiffstellen haben nicht benützt	
			vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats		Arbeitslose am Orte			Arbeitslose auf der Reise				
								Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mitgl.	Tage		Mk.
Danzig	39	1529	4	13	17	11	4	28	52	8	16	15	50	—	
Stettin	36	1237	2	4	6	—	1	11	8	2	4	4	—	—	
Breslau	45	2867	30	53	83	40	1	113	182	36	4	6	5	50	
Berlin	88	13487	179	740	919	170	4	79	736	1106	34	33	90	90	65
Dresden	52	7310	33	65	98	61	2	15	171	241	50	15	28	25	40
Leipzig	52	7894	132	195	327	141	1	18	188	163	83	4	7	6	35
Erfurt	70	2456	9	18	27	13	1	12	71	108	68	3	3	2	40
Magdeburg	34	2687	18	14	32	14	—	3	26	43	95	17	31	29	40
Hamburg	62	7809	55	297	352	43	3	18	182	312	80	30	60	54	80
Hannover	39	3299	3	97	100	6	1	2	9	11	50	5	13	13	—
Hildesheim	49	2526	3	13	16	3	1	4	24	42	70	8	19	18	—
Frankfurt	57	3400	5	25	30	7	—	7	57	70	03	—	—	—	—
Münster	51	5523	99	95	194	140	—	91	1070	1129	30	3	9	9	—
München	28	2807	1	17	28	12	—	19	186	203	—	—	—	—	—
Stuttgart	67	3476	13	21	34	10	—	4	32	53	55	1	1	—	50
Hauptkasse	—	69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember 1916	769	68376	596	1667	2263	680	13	288	2911	3729	48	133	287	274	50
November	778	68163	659	1904	2554	596	3	274	2751	3655	37	118	263	257	70
Oktober	768	68148	688	2277	2965	659	8	292	2288	2786	94	186	442	422	20
September	764	68315	741	2132	2673	698	11	321	3377	4099	73	264	599	560	25
August	759	68874	878	2554	3432	744	9	332	2821	3972	33	290	651	621	64
Juli	774	69511	1033	2439	3472	877	18	482	4145	6068	59	332	706	681	—
Juni	777	69630	1203	2275	3478	1037	12	681	6368	9436	76	492	838	815	—
Mai	783	69356	1134	3291	4425	1214	22	717	6652	9412	53	432	931	893	—
April	784	68538	1178	2473	3651	1137	14	682	6376	9206	16	301	668	636	—
März	797	68591	1562	2884	4386	1182	16	942	8754	11964	12	446	938	882	—
Februar	806	69025	1647	3136	4783	1511	19	1111	10757	14921	79	444	925	886	—
Januar	806	69211	1981	3555	5536	1660	20	1490	13892	20163	67	451	949	923	—
Dezember 1915	799	70673	1643	3238	4881	1982	17	1152	12238	17005	32	442	834	792	—

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Großhartmannsdorf — Hue, Brambad — Neuenbau, Schwarzta — Rieburg — Gelfenkirchen — Cadolzburg, Mischelau — Aibling, Augsburg, Ingolstadt — Durlach, Troßingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Januar	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats						Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage					
	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1911	1912	1913	1914	1915	1916
Januar	6904	7646	8454	14447	14832	1660	4,23	4,20	4,37	7,70	13,33	2,40
Februar	5597	6323	8390	11211	10274	1511	3,49	3,42	4,34	5,96	9,54	2,19
März	4192	4890	8513	9009	6521	1182	2,52	2,61	4,42	4,77	6,40	1,72
April	4019	5591	8951	7410	5257	1137	2,40	2,99	4,63	3,90	5,57	1,63
Mai	3280	5387	9263	7211	4435	1214	1,94	2,81	4,80	3,89	4,82	1,75
Juni	3458	4949	9582	7282	3564	1037	2,02	2,61	4,95	3,81	4,02	1,49
Juli	2922	3892	8986	6766	3146	877	1,69	2,04	4,68	3,79	3,79	1,26
August	2246	3151	6917	45350	2833	744	1,29	1,95	3,58	32,89	3,43	1,08
September	2509	4296	7540	36263	2193	698	1,43	2,22	3,92	27,35	2,71	1,03
Oktober	3609	7510	9593	20244	1728	650	2,02	2,95	5,04	23,01	2,22	0,96
November	4361	6768	10725	22482	1650	596	2,42	3,50	5,64	18,91	2,30	0,88
Dezember	8406	13125	20779	20516	1982	680	4,86	6,76	11,00	17,96	2,30	0,99

tung Erfahrungsprüfungen an den Versicherungsträger stellen, noch ist dieser berechtigt, sich an den militärischen Verforgungsgebührenstellen des Versicherten schadlos zu halten.

Bekommt also nach dieser Entscheidung des Reichsversicherungsamts der Kriegsverletzte, sofern er als invalid anerkannt wird, die Invalidenrente vom Tage der Verwundung ab, so ist, nach einer anderen Entscheidung des Reichsversicherungsamts, der Lazarettausenthalt allein noch kein Beweis für das Vorliegen von Invalidität. Ein Kriegsteilnehmer war am 8. Juni 1915 verwundet worden; durch Schuß in den linken Vorderarm war der Ellenbogen zer splittert. Er war längere Zeit in verschiedenen Lazaretten in Behandlung und wurde am 26. Februar 1916 aus der Lazarettbehandlung entlassen. Nach ärztlichen Gutachten hat nach Ablauf von 26 Wochen nach der Verwundung Invalidität im Sinne der Reichsversicherungsordnung nicht mehr vorgelegen. Die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit wurde für jene Zeit auf 50 Prozent geschätzt. Der Verletzte erhob für die Zeit der Lazarettbehandlung Anspruch auf Krankenrente.

Das Versicherungsamt hatte für die Zeit der Lazarettbehandlung vorübergehende Invalidität angenommen, der Vorstand der Versicherungsanstalt hat aber sowohl Invalidenrente als auch Krankenrente abgelehnt. Das angerufenen Oberversicherungsamt verurteilte die Versicherungsanstalt, dem Verletzten die Krankenrente vom Beginn der 27. Woche bis zu seiner Entlassung aus dem Lazarett zu gewähren. Dieses Urteil wurde durch Revision angefochten, und das Reichsversicherungsamt hat den Anspruch des Verletzten durch Urteil vom 23. Oktober 1916 (Ha 897/16) abgewiesen.

In den Urteilsgründen wird ausgeführt, daß der Umstand, daß der Lazarettpflegling nicht imstande sei, sich erwerblich zu betätigen, für sich allein noch nicht den Anspruch auf Invalidenrente begründet. Wenn auch die Vermutung bis zu einem gewissen Grade begründet ist, daß der Pflegling einer Heilanstalt infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen, so mußte doch ein Einzelfall geprüft werden, ob die Unfähigkeit des Versicherten, die gefehliche Verdienstgrenze zu erreichen, die Folge von „Krankheit oder anderen Gebrechen“ ist. Der Zweck des von der Heeresverwaltung eingeleiteten Heilverfahrens sei wesentlich verschieden von dem Zweck, den der Träger der Invalidenversicherung mit

einem Heilverfahren verfolgt. Dieser will nur die Invalidität im Sinne des Gesetzes beseitigen, damit für ihn die Verpflichtung, eine Rente zu zahlen, entfällt. Dagegen sucht die Heeresverwaltung den Verwundeten oder Kranken zu einer möglichst hohen Stufe körperlicher Leistungsfähigkeit zurückzuführen. Das kann ihr Veranlassung geben, die Lazarettbehandlung erheblich länger fortzusetzen, als dies für die Zwecke der Invalidenversicherung erforderlich wäre. Entscheidend ist die Frage, ob der Verletzte, wenn die Versicherungsanstalt das Heilverfahren durchgeführt hätte, nach Ablauf der ersten 26 Wochen noch Anfallspflege bedürftig hätte. Da diese Frage durch das ärztliche Gutachten verneint wird, ist der Anspruch des Verletzten nicht begründet.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Erfaklasse. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg. Im Dezember 1916 sandten Ueberschüsse ein: Wald 300 Mk., Berlin A 200, Linden 200, Kiel, Bürgel je 150, Croffen, Kaiserslautern je 100, Lübeck 50 Mk. Summa 1250 Mk.

Zuschuß erhielten: Westersode 600 Mk., Altenburg 165, Braunschweig 100, Steinkirchen, Schweidnitz je 75 Mk. Summa 1015 Mk.

J. U. Maßmann, Hamburg 31, Schwendestr. 37.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.) Rechnungsabluß vom 3. Quartal 1916.

Table with financial data for the Central Sick and Death Cases of Carpenters and other workers in Hamburg. Columns include 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenses) for various categories like 'Barer Bestand' (Cash balance), 'Zinsen' (Interest), 'Beiträge' (Contributions), etc.

Table titled 'Ausgaben:' (Expenses) showing financial data for medical services, sick pay, and other costs. Columns include 'Ausgaben' and 'Mk.' (Mark).

Table titled 'Abschluß:' (Closing) showing financial data for income and expenses for October 1916. Columns include 'Summe der Einnahmen' and 'Summe der Ausgaben'.

Table titled 'Vermögensausweis:' (Balance Sheet) showing assets and liabilities. Columns include 'Barer Bestand' and 'Belegte Kapitalien'.

Der Vorstand. J. U. A. Huch, Hauptkassierer. Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend befunden, der Rassenbestand ist uns vorgelegt und nachgewiesen worden.

Der Aufsichtsrat. J. U. A. Knöchel, Obmann.

Geforbene Mitglieder.

- List of members to be sought, including Paul Ruhn, Karl Garich, Hermann Rogel, August Straß, Gotthold Gastrod, Roman Gonnay, Hermann Ojhe, Adolf Piening, August Stoifched, Karl Anziem, Elise Siebert, Ludwig Bergen, Eberhard Röger, Sabette Scheiderer, Fritz Arennerreich, Josef Schäfer, Heinz Müller, Philipp Groß, and Karl Meyer.

Ehre ihrem Andenken.

5 Möbeltischler auf bessere Möbel (auch Kriegsverletzte) sucht bei hohem Lohn zahlfelle Drogen (Arbeitsnachweis), Petrisstraße 1.

Advertisement for 'Möbeltischler' (Cabinetmakers) seeking workers for their own workshop and dining room. Contact: Richard Glze, Hübener & Co., G.m.b.H., Dessau.

Advertisement for 'Tischler, Zimmerleute, Böttcher, Kistenmacher' (Carpenters, Joiners, Coopers, Boxmakers) seeking workers for furniture and house construction. Contact: H. Gander, Möbelfabrik, Billershausen a. Harz.

Lüchtige Stellmacher und Tischler

zur Anfertigung von Proviantwagen gesucht. Lohn nach letztem Lohnsatz. Paul Rathe, Braunschweig.

2 bis 3 tüchtige Tischlergesellen für Bau- und bessere Möbelarbeiten für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Hoher Lohn, freie Kost und Logis. Erich Boche, Baruth (Mark).

Bautischler und Anschläger

militärfrei, sucht E. Kahnte, Rastenburg i. Ostpr. Tischler sucht in dauernde Beschäftigung. Emil Weinhold, Möbelfabrik, Wilsdruff i. G.

Mehrere zivildienstpflichtige Stellmacher und Tischler

bei hohem Lohn, guter Kost und gutem Logis gesucht. Guter Spezialmaschinenbetrieb vorhanden. Dauernde Stellung. Barnstedter Wagenfabrik, Barnstedt (Kreis Lüneburg).

Bergolber und Polierer für Ovalrahmen sucht sofort. Franz Eckert, Rahmenfabrik, Buchholz i. Sachsen.

Stuhlbauer

auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht. Kürth & Dieber, Geringswalde i. Sa.

Holzdrechsler

für Lederarbeiten gesucht. Rheinische Maschinenleder- u. Riemenfabrik v. A. Cahen-Leudesdorff & Co. Akt.-Ges., Köln-Mülheim.

Korbmacher auf Geschloßkörbe bei Tariflöhnen sucht sofort. Korbhans Hilburgshausen. 2 Korbmacher auf Weiß- und Grün- geschlagen für dauernde Arbeit gesucht. E. Walz, Gardelegen (Altmark).

Advertisement for 'Korbmacher' (Basket makers) on a round 66er Geschloßkörbe gesucht. Gebr. Wolff, Bernburg.

4 Korbmacher, 1 auf Reifkörbe, 1 auf Gestellarbeit und Ausbesserungen, 2 auf Grün- und Rotgeschlagen sucht zum baldigen Eintritt bei höchsten Löhnen. Martin Richter, Korbmachermeister, Baugen i. Sa.

2 bis 3 Korbmachergehilfen auf Zentner- und Viertelkörbe sofort gesucht. Paul Henkel, Herwigsdorf b. Lößbau (Sa.).

Advertisement for 'Lüchtige Korbmacher' (Skilled basket makers) on Feldpatronenkörbe, 15-cm Langgranaten- und 10-cm-Patronenkörbe. J. Kennert, Eisenach (Thür.).

15 Korbmacher gesucht auf 98er Munitionskörbe und 15-Zentimeter-Langgranaten aus Weide. S. Käppler, Hamburg 5, Steinmann 132.

Baritätliche Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table titled 'Wochenbericht vom Sonnabend, 6. Januar, bis Freitag, 12. Januar 1917.' showing employment statistics by location and industry. Columns include 'Ort' (Location), 'Bautischler', 'Möbeltischler', 'Maschinenarbeiter', 'Polierer', 'Drechsler', 'Sonstige Branchen', and 'Insgesamt'.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Korbmacher für 21er Langgranatenkörbe gesucht. Hermann Kühn, Köpchenbroda b. Dresden.